

Genehmigungsverfahren beschleunigen

Deutschlands Zulassungsrecht für den Bau von Industrieanlagen ist aus der Zeit gefallen. Um bis zur Mitte des Jahrhunderts das Ziel der Klimaneutralität zu erreichen, müssen wir in atemberaubendem Tempo ganze Industrielandschaften von Grund auf modernisieren und neu bauen. Demgegenüber stehen Planungs- und Genehmigungsverfahren, die Schlüsselprojekte bereits heute über Jahre verzögern. Und die künftige Entwicklung ist alarmierend: Angesichts des massiven Investitionsbedarfs werden die Behörden in einer Fülle von Verfahren ersticken – und wir können uns die hohen Klimaschutzziele leider abschminken.

Windräder allein helfen dem Klima nicht

Wir müssen deshalb dringend auf unnötige Bürokratie und überflüssige Verfahrensschritte verzichten. Das ist auch ein Verfassungsgebot: Nach Auffassung des Bundesverfassungsgerichts haben die nachfolgenden Generationen einen Anspruch darauf, dass wir bei der Transformation das Tempo deutlich erhöhen und die CO₂-Emissionen möglichst schnell, möglichst stark senken. Deshalb ist es auch richtig, dass die Bundesregierung die Dauer von Planungs- und Genehmigungsverfahren von Klimaschutz- und Infrastrukturprojekten künftig halbieren will. Allerdings: Klimaneutral werden wir nicht allein durch neue Windräder und Solardächer. Ein schnelleres Zulassungsrecht, wie es nun für neue Windparks, Stromtrassen oder Bahnstrecken geschaffen werden soll, muss auch für Industrieanlagen gelten. Was nützt uns die klimaschonendste Wind- und Sonnenenergie, wenn wir unsere Industrieanlagen wegen unnötiger Verzögerungen nicht auf Dekarbonisierung trimmen können?

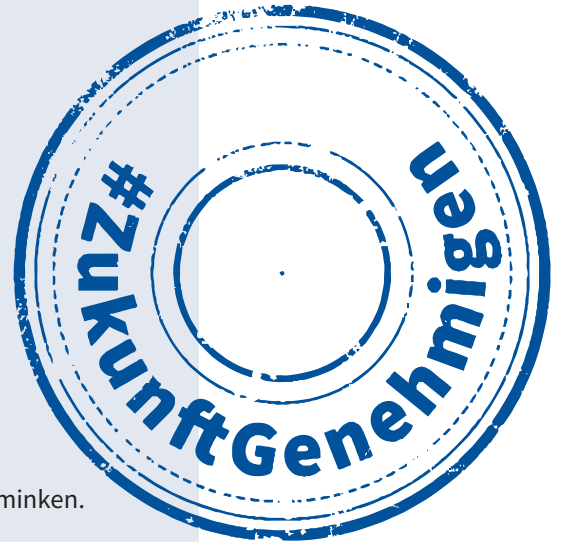
Update reicht nicht aus

Wir stehen also vor gewaltigen Herausforderungen, die vergleichbar mit den Anstrengungen der Wiedervereinigung sind. Daher braucht es eine ebensolche Kraftanstrengung und die wirkliche Bereitschaft aller Beteiligten, neue Wege zu gehen. Notwendig ist eine Allianz des Wollens zwischen Bund, Ländern, Gesellschaft und Industrie. Ohne einen veränderten Mindset auf allen Ebenen werden wir diese nationale Kraftanstrengung nicht meistern. Wir fordern die Bundesregierung dazu auf, schnellstmöglich ein Gesetz zur Beschleunigung der Planungs- und Genehmigungsverfahren vorzulegen, das auch die Zulassung von Anlagen für die Industrie

mit einschließt. Und wir appellieren an die Regierungen der Bundesländer, diesen Vorschlag in einem Schulterschluss unabhängig von Parteifarben gemeinsam zügig anzugehen und einheitlich umzusetzen.

Wolfgang Große Entrup

Hauptgeschäftsführer und Mitglied des VCI-Präsidiums



In neun Schritten die Transformation entfesseln

Politik und Behörden können viel für unsere Zukunft tun: Sie haben es in der Hand, wie lange Planungs- und Genehmigungsverfahren dauern und ob die Transformation der Wirtschaft erfolgreich vorangetrieben wird. Zwar will die Bundesregierung die Verfahrensdauer halbieren, allerdings fokussiert sie sich dabei noch zu einseitig auf Klimaschutz- und Infrastrukturprojekte.

Der Wandel zu einer treibhausgasneutralen Wirtschaft wird nur dann gelingen, wenn Unternehmen möglichst schnell noch effizienter und klimafreundlicher produzieren können. Deshalb gilt: Nicht nur Windräder, auch Industrieanlagen benötigen dringend schnellere Genehmigungsverfahren. Der Schlüssel zur Transformation ist ein Beschleunigungsgesetz. Die deutsche Chemie- und Pharmaindustrie hat Vorschläge für ein modernes Zulassungsrecht erarbeitet:

Öffentlichkeitsbeteiligung weiterentwickeln

Die Menschen müssen früh über die Notwendigkeit neuer Industrieprojekte informiert werden. Dabei ist die Beteiligung auf die konkret betroffene Öffentlichkeit einzugrenzen und der Erörterungstermin – der regelmäßig keinen Erkenntnisgewinn bietet und europarechtlich nicht gefordert ist – abzuschaffen. Stattdessen sind in einem schriftlichen Verfahren die Fragen der Öffentlichkeit zu beantworten.



Gleichzeitig sind alle relevanten Informationen barrierefrei und in zeitgemäßen Formaten bereitzustellen, wobei die Balance zwischen der erforderlichen Transparenz, dem Schutz von Betriebsgeheimnissen und Sicherheit vor Cyberkriminalität zu wahren ist. Die Fristen für Stellungnahmen sind auf 30 Tage zu vereinheitlichen

und der Umfang der Unterlagen auf ein rechtssicheres Maß zurückzuführen. Ziel muss ein verständlicher Bürgerbericht sein. Die gesellschaftliche Akzeptanz und Vertrauen in die Kompetenz der Fachbehörden ist zu stärken.

Sensible Unternehmensdaten schützen

Die Behörden müssen für die Verfahren geschützte Plattformen einrichten, Dokumente mit Wasserzeichen schützen und in einem Praxischeck diese technischen Möglichkeiten erörtern. Im Streitfall muss in einem gesonderten Verfahren zeitnah geklärt werden, welche Unterlagen geheim bleiben müssen.



Digitalisierung in Behörden vorantreiben

Analoge Genehmigungsverfahren müssen endlich digitalisiert werden. Gleichzeitig sind die Behörden IT-technisch adäquat auszustatten. Für eine neue digitale Öffentlichkeitsbeteiligung sind bundeseinheitliche Bewertungsmaßstäbe zu entwickeln.



Personal in Behörden aufstocken

Bei steigender Komplexität sind Deutschlands Genehmigungs- und Fachbehörden oft unterbesetzt. Personal muss aufgestockt werden. Gleichzeitig sind die Beschäftigten kontinuierlich zu schulen.



Bauleitplanung stärken

Kommunen müssen frühzeitig prüfen, ob die Vorschriften aus anderen Rechtsbereichen, zum Beispiel dem Artenschutz, eingehalten werden können oder zu Konflikten führen.



KEINE GUTEN NOTEN FÜR DEUTSCHLAND BEWERTUNG ZENTRALER STANDORTFAKTOREN



Quelle: DIHK, 2020



Modernes Zulassungsrecht ist Klimaschutz

Effizientere Genehmigungsverfahren sind Klimaschutz par excellence. Ein Beispiel aus einer aktuellen Studie: In Ludwigshafen wird zurzeit eine Produktionsanlage für Basischemikalien geplant, die CO₂-Einsparungen von rund 4 Millionen Tonnen verspricht – das ist mehr als der mögliche Effekt eines Inlandflugverbots und Tempo-130-Limit zusammengenommen.

Hohe Belastung für den Mittelstand

Die Kosten von Genehmigungsverfahren belaufen sich mittlerweile auf 3 bis 5 Prozent der Bausumme. Ein Großteil fließt davon in Gutachten. Das ist besonders für Deutschlands rund 1.600 kleine und mittlere Chemie- und Pharma-Unternehmen eine erhebliche Belastung, da sie sich häufig keine eigenen Abteilungen für Genehmigungsverfahren leisten können. Auch mit Blick auf die EU-Gesetzgebung müssen die Unternehmen entlastet werden. Dazu gehört die Einführung einer wirkungsvollen „One in, One-out-Regelung“, die alle Politikfelder umfasst und neben den Berichtspflichten auch den Erfüllungsaufwand berücksichtigt.

● **Verbandsklagerecht straffen**

Bei industriellen Großvorhaben ist eine erstinstanzliche Zuständigkeit der Oberverwaltungsgerichte einzuführen. Zugleich benötigen die Gerichte eine gute Personalausstattung, um eine schnelle Bearbeitung zu gewährleisten.



● **Komplexität reduzieren**

Unklare Rechtsbegriffe wie „zumutbar“ und „verhältnismäßig“ erschweren die Arbeit von Behörden und steigern die Angst vor Verfahrensfehlern. Rechtssichere Entscheidungen brauchen unmissverständliche Formulierungen. Mit einem PraxiscHECK ist zu prüfen, ob Gesetze vollzugstauglich sind und Verfahren beschleunigen.



● **Bürokratie abbauen**

Bei jeder neu geplanten gesetzlichen Regelung ist zu hinterfragen, ob sie Verfahren beschleunigt oder ein Hemmnis ist. Berichtspflichten müssen überprüft und Dokumentationspflichten minimiert werden. Doppelregelungen und Widersprüche sind zu beseitigen, ebenso Regelungen, die nach EU-Recht nicht notwendig sind.



● **EU-Recht verschlanken**

Die Bundesregierung muss gleichzeitig die europäische Gesetzgebung deutlich stärker in die Pflicht nehmen. Die Vielzahl neuer Maßnahmen, die auf dem Green Deal aufbauen, dürfen die wichtigen deutschen Beschleunigungspläne nicht konterkarieren.



So müssen mit der anstehenden Novelle der Industrieemissions-Richtlinie (IED) die Verfahren für Industrieanlagen deutlich beschleunigt werden. Zudem ist der EU-Rechtsbestand systematisch auf Hemmnisse für Planungs- und Genehmigungsverfahren zu untersuchen. Die EU-Kommission sollte einen jährlichen Vergleichsbericht zu bewährten Verfahren der Mitgliedstaaten im Planungs- und Genehmigungsrecht erstellen lassen und einen Best-Practice-Austausch etablieren.

Gute Argumente für eine zeitgemäße Öffentlichkeitsbeteiligung

Ein aktuelles Rechtsgutachten zeigt wichtige Optionen für eine Weiterentwicklung der Öffentlichkeitsbeteiligung in Deutschland. Der bestehende Handlungsspielraum sollte genutzt werden.

2005



2019



ZAHL DER GUTACHTEN STEIGT

Quelle: BDI

Impressum

Herausgeber Verband der Chemischen Industrie e. V., Mainzer Landstraße 55, 60329 Frankfurt am Main, vci@vci.de, www.vci.de, twitter.com/chemieverband
Redaktionsschluss 16. Februar 2022 **Redaktion** Monika von Zedlitz **Verantwortlich** Jenni Glaser **Agenturpartner** Köster Kommunikation, GDE